

Jahresheft 2025

„Zuversicht“

Eine Ausgabe über Demokratie, Vielfalt und Innovation



S. 4

Vorwort von
Dr. Andreas
Bachmeier

S. 6–26

Nachlesen der
Veranstaltungen des
vergangenen Jahres

S. 28

Übersicht der
Veranstaltungen
2025

Inhalt

- 4** Vorwort des Präsidenten
- 6** Florian Boitin
„Weltoffenheit, Freiheit, Selbst-
destimmtheit“
- 9** Prof. Dr. Ursula Münch und
Jan Fleischhauer
„Demokratie und das Vertrauen
in diese“
- 12** Prof. Dr. Heinrich
Bedford-Strohm
„Friedensethik im Lichte des
Ukrainekriegs“
- 15** Karl Haeusgen
„USA, China und neue Konflikte
in der Welt – Chancen und Risiken
für deutsche Unternehmen“
- 18** Richard Tigges
„Künstliche Dummheit? Fluch und
Segen der KI“
- 21** Stefan Kornelius
„In schlechter Verfassung: Die
Präsidentchaftswahl 2024 und die
Baufehler im politischen System
der USA“
- 24** Ilse Aigner
„Aktuelle Herausforderungen der
Demokratie“
- 28** Übersicht der Veranstaltungen
2025

Vorwort des Präsidenten



Liebe Peutingerinnen, liebe Peutinger,

4

Zuversicht, das ist unser Motto für das neue Jahr 2025. Wie steht es um Ihre Zuversicht? Die weltweiten Krisen, Klimawandel, Ampel-Aus - die vielen Zeitenwenden gar nicht mitgezählt. Überall Chancen. Chancen, es besser zu machen. Chancen, etwas anzupacken. Chancen, zusammenzuhalten und die Gemeinsamkeit zu pflegen. Gemeinsam eine Idee für die Zukunft zu entwickeln. Das haben wir in diesem Jahr in unserem Collegium wieder intensiv getan.

Dabei ist in der Arbeit der Gremien auch ein neuer Claim für unser Collegium entstanden: „**Menschen. Gespräche. Hintergrund.** Das Netzwerk für Diskussionen mit den führenden Köpfen unserer Zeit.“ So werden wir uns künftig selbst beschreiben und dieses Leitmotiv nach und nach in unsere Selbstdarstellung integrieren. Was dahinter steht, ist eine sehr genau formulierte Mission unseres geschätzten Peutinger Collegiums, das uns noch so vieles zu sagen hat und immer wieder neue Inspiration durch Mitglieder und Referenten erfährt. Denn das Peutinger Collegium ist ein Ort für politische und gesellschaftliche Debatten, an


dem unterschiedliche Gruppen von Entscheidungsträgern im Dialog zusammenkommen. Dabei diskutieren wir in jeder Veranstaltung Antworten auf Zukunftsfragen zu politischen Aspekten von Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Wissenschaft. Der Mehrwert für Sie entsteht aus der Exklusivität von Themen, Sprechern und Gästen. In vertraulicher Club-Atmosphäre werden auch einmal nicht-öffentliche Aussagen getroffen und Hintergründe erläutert. Dies betrifft vorrangig gesellschaftlich relevante Fragen, denn im Peutinger Collegium treffen sich Menschen, die sich um mehr Gedanken machen, als nur um ihr persönliches Wohlergehen. Damit leisten wir unseren Beitrag zu einer positiven Entwicklung Münchens, Bayerns und Deutschlands.

Wenn wir einen Blick zurück auf das Peutinger-Jahr 2024 werfen, so sehen wir viele relevante Antworten auf die großen Zukunftsfragen unserer Zeit. Wir haben uns mit dem politischen Quo Vadis in Deutschland beschäftigt, weit bevor die Ampel in Berlin zersplittert ist. Wir konnten einen tiefen Eindruck von den Entwicklungen und Auswirkungen von Künstlicher Intelligenz

auf große Unternehmen bekommen. Auch die weltweite Lage haben wir mit Blick auf China und USA aus erster Hand beleuchtet. Noch bevor Trump gewählt und China-Beziehungen in eine neue Phase eingetreten sind: Anhand der konkreten Beziehungen von deutschen Maschinen- und Anlagenbauern bekam die Perspektive auf USA und China eine reale Dimension, die viele von uns ansonsten nur erahnen können. Der führende USA-Insider der Süddeutschen Zeitung berichtete uns schließlich vor der US-Wahl, was er sonst nur am Rande berichtet: Erklärungen zum Wahlsystem und Wahlverhalten der US-amerikanischen Gesellschaft, wie sie nur aus erster Hand geteilt werden können. Grundsätzliche Fragen zu Demokratie, zu Haltung und zum parlamentarischen Arbeiten in der Zeit extremerer Parteien rundeten unser Programm ab.

In das neue Jahr 2025 geht es nun mit Zuversicht – unserem Hefttitel, der berechtigten Optimismus unterstreicht und wir in diesem Jahr auch wieder Lösungen und Antworten für große Zukunftsfragen bekommen werden. Mit einem vielfältigen und hochkarätigen Programm, das sie auf den hinteren Seiten dieses Hefts finden.

Ich wünsche Ihnen alles Gute für das Jahr 2025 und eine erquickende Lektüre.



Ihr Präsident
Dr. Andreas Bachmeier

„Weltoffenheit, Freiheit, Selbstbestimmtheit“

Vortrag von Verleger und Chefredakteur Florian Boitin, am 10. Januar 2024 im Bayerischen Hof

Dr. Andreas Bachmeier, Präsident des Peutinger-Collegium e.V. eröffnet die Veranstaltung. Der Tod von Prof. Dr. Hanno Haiber, Mitglied des Großen Rates, überschattete das neue Jahr. Prof. Dr. Peter Lutz, Co-Präsident des Peutinger Collegiums, erinnert an das langjährige Mitglied. Hanno sei stets als liebenswürdiger Mensch aufgefallen. Freundlich, zuvorkommend und intelligent sei er seinen Mitmenschen begegnet. Ein Mann, der immer für einen Spaß zu haben war. Als hochgebildeter Mensch und aufmerksamer Zuhörer habe er sich



Florian Boitin referierte über die Leitlinien des Playboys, die denen des Peutinger Collegiums sehr nah sind: Weltoffenheit, Freiheit und Selbstbestimmtheit.

in das Collegium eingebracht. Er sei den Peutingern 2013 beigetreten und habe sich von Anfang an intensiv engagiert. Im Jahr 2016 sei er dem Großen Rat beigetreten und seitdem durchgehend dort aktiv gewesen. Durch seinen Einsatz sei eine Peutinger-Veranstaltung am Flughafen München mit einem Vortrag des damaligen Flughafen-Chefs, Michael Kerkloh, ermöglicht worden. Egal ob Frage, Idee oder Bitte: Hanno sei immer hilfsbereit gewesen und in seiner Professorentätigkeit und der Arbeit mit den Studenten aufgeblüht. Hanno Haiber ist mit 62 Jahren plötzlich und völlig unerwartet verstorben. Das Peutinger Collegium beklagt den Verlust eines Freundes. Alle Anwesenden erheben sich zu einer Gedenkminute für die verstorbenen Mitglieder des Collegiums.

Herr Bachmeier ordnet den Vortrag des Abends in einen aktuellen Kontext ein. Traktoren auf der Straße, Streiks und Demonstrationen: Die jüngsten Entwicklungen würden zeigen, dass viele Themen des alten Jahres weiterhin akut blieben. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage: „Was kann jeder Einzelne tun?“ Eigenverantwortung sei als Motto aktueller denn je. „Anpacken“, sei deshalb auch der Leitgedanke des Jahresheftes 2024, mit dem das Collegium einen Beitrag leisten wolle. Zentrale Themen darin seien Unternehmertum und Transformation der Unternehmensmodelle.

Herr Bachmeier übergibt das Wort an Dr. Julian Traut, kooptiertes Präsidiumsmitglied des Peutinger Collegium e.V., der den Referenten des heutigen Abends vorstellt. Die Zusage von Florian Boitin habe ihn mit großer Freude erfüllt. Der „Vater des deutschen Playboys“ sei in Geretsried aufgewachsen. Dort habe er sich als Sänger einer Beatles- und Bluesband einen Namen gemacht. Nach einem Studium zum Diplom-Designer startete er 1994 seinen beruflichen Weg beim Heinrich Bauer Verlag und war für den Playboy mitverantwortlich. Im Jahr 2000 sei er zum Axel Springer Verlag gewechselt. Dort sei er bis 2008 Chefredakteur des Männermagazins Maxim gewesen. Im Jahr 2009 sei er Chefredakteur der deutschen Playboy-Ausgabe bei Hubert Burda Media geworden. Als das Medienhaus die Lizenz nicht verlängert habe, habe Boitin gemeinsam mit seiner Kollegin Myriam Karsch diese Lizenz in Eigenregie übernommen und sei seit Januar 2020 auch Herausgeber des deutschen Playboys.

Herr Boitin bedankt sich für die einleitenden Worte und zieht gleich zu Beginn einige Parallelen zwischen den Leitideen des Peutinger Collegium und des Playboys – Weltoffenheit, Freiheit, Selbstbestimmtheit. „Wenn der SPIEGEL ein Nachrichtenmagazin ist, dann ist der Playboy ein Mitteilungsblatt des Heiligen Stuhls.“ Mit diesem Zitat des ehemaligen CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler steigt Herr Boitin in seinen Vortrag ein. Das Zitat zeige,

wie der Playboy mit seinen Leitideen seit jeher polarisiere. Die Geschichte des Playboys beginne im Kontext der sexuellen Revolution und setze sich im Kontext der „Me Too“-Debatten der jüngeren Vergangenheit fort. Am 10. Dezember 1953 habe Hugh Hefner die erste Playboy-Ausgabe in den USA mit dem Covergirl Marilyn Monroe herausgegeben. Das Projekt sei dabei immer wieder auf der Kippe gestanden. So hätte das Magazin ursprünglich „Stag Party“ heißen sollen. Aufgrund juristischer Probleme hätte dann aber in letzter Sekunde ein neuer Name gefunden werden müssen. Vorlage für den neuen Namen sei in einer eilig einberufenen Krisenkonferenz der 1951 aufgelöste Automobilhersteller Playboy Motor gewesen. Die größte Lebensleistung von Hugh Hefner ist es gewesen, dass er in den amerikanischen Schlafzimmern „das Licht angemacht habe“. Der Prüderie des Amerikas der 50er Jahre habe er den Kampf angesagt. Seine Werte seien Aufklärung, Offenheit und Toleranz gewesen. Mit seinem Lebenswerk hätte er sich auch den Respekt von politischen Aktivisten verdient. So habe beispielsweise der Bürgerrechtler Jesse Jackson anlässlich Hefners Tod im Jahr 2017 lobende Worte für den Playboy-Schöpfer gefunden.

Darüber hinaus sei der Playboy vor allem auch für seine großen Interviews bekannt. Das berühmteste darunter sei wohl das Interview mit Fidel Castro, der sich dem Magazin als einzigem westlichen Medium anvertraut habe. Weitere prominente Interviewpartner seien John Lennon, Yoko Ono oder der Dalai Lama gewesen. Auch aktuelle politische Debatten würden im Playboy durch Interviews abgebildet werden, ein jüngeres Beispiel sei ein Interview mit Sahra Wagenknecht. Berühmte Persönlichkeiten wie Pamela Anderson hätten bereits das Playboy-Cover geziert. Zudem habe das Magazin stets Künstlern Flächen gegeben. So habe sich Salvador Dali bei der Cover-Gestaltung eingebracht. Außerdem habe Helmut Newton im Playboy zahlreiche Arbeiten präsentiert. Berühmt sei die Inszenierung des Hasen aus dem Playboy-Logo von Andy Warhol. Sie ziere bis heute die Firmenzentrale in den USA.

Herr Boitin geht in seiner Playboy-Zeitreise zurück in das Jahr 1972. Franz Beckenbauer und Günter Netzer hätten bei der Fußball-Europameisterschaft Deutschlands neues Gesicht gezeigt. Gleichzeitig seien die ers-

ten Folgen der Kult-Science-Fiction-Serie „Star Trek“ (dt. „Raumschiff Enterprise“) im TV gelaufen. Am 1. August 1972 sei die erste Ausgabe des deutschen Playboys erschienen. Das Heft sei die erste lizenzierte, nicht amerikanische Ausgabe gewesen. Die Auflage mit über 300.000 Exemplaren sei innerhalb weniger Tage vergriffen gewesen. Die erfolgreichste Ausgabe der deutschen Playboy-Geschichte hingegen folgte Jahre



Dr. Andreas Bachmeier und Dr. Julian Traut gemeinsam mit Florian Boitin.

später. Im Jahr 1998 habe das Cover mit der Eiskunstläuferin Katarina Witt alle Rekorde gebrochen.

Persönlich blickt Herr Boitin auf zahlreiche Highlights während seines Einsatzes für den deutschen Playboy zurück. Ganz besonders seien ihm die Treffen mit Hugh Hefner und Karl Lagerfeld in Erinnerung geblieben. Vormalig bei Burda verlegt, sei für den deutschen Playboy dann im Jahr 2020 der Wechsel zu „Boitin“ erfolgt. Gemeinsam mit seiner Geschäftspartnerin Myriam Brasch gründete Herr Boitin den Verlag „Kouneli“, der neben dem Playboy auch „Sports Illustrated“ publiziert. Der Verlag sei seitdem konstant gewachsen, von anfänglich 14 auf 32 Mitarbeiter. 65 Prozent seien Mitarbeiterinnen.

Neben dem Gewinn von Branchenpreisen wie dem „Eu-

ropean Publishing Award“ gab es auch beim Ausbau des Vertriebs Erfolge. Damit leitet Herr Boitin zur Frage über: „Wie kann man mit Print noch Geld verdienen?“. Das Erfolgsrezept des Playboys sei zum einen eine treue Leserschaft. Viele Magazine würden sich hauptsächlich über die Anzeigen finanzieren. Beim Playboy spiele das eine kleinere Rolle. 80 Prozent der Einnahmen würden über den Endkunden erzielt. Monatlich käme der Playboy im Schnitt auf 11.000 Ausgaben und erfreue sich entgegen dem Markttrend wachsendem Zuspruch. Ein wichtiges neues Geschäftsmodell sei der Digitalanbieter Readly. Mit einem monatlichen Beitrag könnten Nutzer so auf eine große Vielzahl unterschiedlicher Magazine zurückgreifen. Der deutsche Playboy sei dabei weltweit das meistgelesene Monatsmagazin. Ein lukrativer Vertriebskanal, die Gewinne allein auf dieser Plattform entsprächen den Erlösen der Onlineversion „playboy.de“.

Aktuell müsse sich die Playboy-Erotik gegenüber dem derzeitigen Zeitgeist neu verantworten. Eine der Fragen in diesem Zusammenhang sei: „Ist der Playboy sexistisch oder gar antifeministisch?“ Ganz im Gegenteil, der Playboy stehe für Freiheit und Selbstbestimmtheit – der Playboy zeige Frauen, die über ihren Körper selbst entscheiden. Im Jahr 2015 hätten die US-amerikanischen Kollegen des dortigen “Playboy“ entschieden, auf Nacktheit künftig zu verzichten. In einer Nacht und Nebelaktion sei man angesichts der öffentlichen Debatte in den USA „eingeknickt“. Herr Boitin bewertet diesen Schritt kritisch. Der Playboy müsse sich immer weiterentwickeln, dennoch müssten die Grundprinzipien bewahrt werden. Der Playboy liebe Frauen. Die deutsche Ausgabe schloss sich diesem Schritt deshalb nicht an. Auch auf den sozialen Netzwerken werde Nacktheit zunehmend zensiert. Der Playboy biete keine Pornographie an, das Magazin unterliege keiner Altersbeschränkung. Für den Playboy werde sich in diesem Umfeld weiter mit die Frage nach der eigenen Rolle im

Diskurs beschäftigen. Eine der jüngeren Ausgaben erschien mit einem Cover-Foto von Schauspielerinnen Désirée Nick – ein starkes Zeichen für die Selbstbewusstheit der starken Frau ab 50.

Zum Abschluss beantwortet Herr Boitin noch einige Fragen in einer Diskussionsrunde. Bei der Frage, wie der Playboy mit Online-Konkurrenz umgehe, bezieht sich Herr Boitin auf die starke Marke, über die Konkurrenzangebote oftmals nicht verfügen würden. Außerdem betont er, dass der Playboy sich seit Jahren behauptet. Die Diskussion dreht sich im Anschluss um Herrn Boitins Prognose der gesellschaftlichen Entwicklung bezüglich der Darstellung von Nacktheit. Herr Boitin betont zunächst, dass dies eine der spannendsten Fragen überhaupt sei, bevor er beschreibt, dass man



Florian Boitin ordnete in seinem Vortrag die Rolle des Playboys in die Gleichberechtigungsdebatte ein.

in dieser Hinsicht immer dogmatischer werde und die Entwicklung immer mehr in Richtung Schwarz/Weiß-Denken gehe. Der Playboy werde das weiterhin hinterfragen. Das sei die Rolle des Playboy. Er sei nie Zeitgeist gewesen. Weder in den 50er Jahren noch heute. Den Abschluss der Diskussionsrunde bildet die Frage, ob im Playboy gegendert würde. Herr Boitin erklärt, dass sie kein Sternchen, keinen Doppelpunkt benutzen, sondern die männliche und weibliche Form gleichermaßen.



„Demokratie und das Vertrauen in diese“

Podiumsdiskussion mit der Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Tutzing, Prof. Dr. Ursula Münch und Journalist, Kolumnist und Autor Jan Fleischhauer am 09. April 2024 im Westin Grand

Die April-Veranstaltung des Peutinger-Collegiums e.V. beleuchtet die aktuelle Politik der Ampelkoalition, deren Wahrnehmung in der Bevölkerung, den Zustand unserer Demokratie und die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft in Deutschland. Zu Beginn begrüßt Dr. Andreas Bachmeier, Präsident des Peutinger-Collegiums e.V., alle anwesenden Mitglieder und deren Gäste sowie die beiden Neumitglieder Änne Jacobs und Johann Langenegger.

Präsidiumsmitglied Tilmann Röder übernimmt im Anschluss die Moderation und heißt die beiden Podiumsgäste des Abends willkommen: Die Politikwissenschaftlerin Frau Prof. Dr. Ursula Münch und den Journalisten Herrn Jan Fleischhauer. Frau Prof. Dr. Münch gehört momentan zu den bekanntesten und profiliertesten Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftlern Deutschlands. Insbesondere im Bereich der Parteien- und Föderalismusforschung ist sie mittlerweile auch einem breiteren Publikum bekannt. Zudem ist sie regelmäßig in verschiedensten Medien zu finden. Unter anderem im Bayerischen Fernsehen beim Sonntagsstammtisch, in der Tagesschau oder der SZ. Die Zeit nannte sie 2020 „eine der besten Erklärerinnen der CSU-Politik überhaupt.“ 2023 wurde sie für ihre Verdienste mit dem Bayerischen Verfassungsorden ausgezeichnet. **In ihrem Impulsvortrag stellt Frau Prof. Dr. Münch fünf Thesen zum Zustand des politischen Systems in Deutschland auf:**

These 1: Die bundesdeutsche Gesellschaft ist nicht gespalten und schon gar nicht in zwei antagonistische Lager, wie das beispielsweise in der amerikanischen Gesellschaft tatsächlich viel eher der Fall sei. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland bewege sich weiterhin in der politischen Mitte.

These 2: Die Wahrnehmung, man könne in Deutschland „nicht mehr alles sagen, was man will“ stimmt nicht. Zwar könne man manche Sachen tatsächlich nicht

mehr äußern. Das beziehe sich aber beispielsweise auf frauenfeindliche, antisemitische, antimuslimische oder rassistische Äußerungen.



Dr. Andreas Bachmeier und Tilmann Röder gemeinsam mit Prof. Dr. Ursula Münch und Jan Fleischhauer, die über die aktuelle Lage der deutschen Politik und Gesellschaft diskutierten.

These 3: Die Unversöhnlichkeit in der Gesellschaft nimmt zu. Frau Prof. Dr. Münch führt diese These an mehreren Beispielen aus und geht auf eine Befragung des Instituts für Demoskopie in Allensbach aus dem August 2023 ein. Auf die Frage, ob man das Gefühl habe, die Politik wolle einem immer mehr vorschreiben, wie man sein Leben zu führen habe, gab es je nach Parteipräferenz fast ausschließlich Zustimmung oder Ablehnung. Ähnliche Beobachtungen gebe es auch beim Blick auf die Diskussion zu den Aktionen der Letzten Generation, dem Genderverbot in Bayern oder den Waffenlieferungen an die Ukraine.

These 4: Die amtierende Bundesregierung hat offenkundig viele inhaltliche Fehler gemacht und ist sich in einem für die Allgemeinheit schädlichen Ausmaß uneins.

Statt eine Dynamik zu entfalten, die den weitgehenden Stillstand während der großen Koalition mit Wettbewerbs- und Zukunftsorientierung begegnet, führt die Kombination aus dem einmaligen schlechten Abschneiden einer Kanzlerpartei, der enormen Krisendichte und dem gegenseitigen Misstrauen der Koalitionspartner zu einem in dieser Dimension noch nie dagewesenen Ansehensverlust in der Bevölkerung und in der Wirtschaft. Die Ursachen dafür liegen aber nicht allein bei den handelnden Personen und Parteien, sondern sie liegen auch in einer Konstellation, die nach einem Regierungswechsel nicht verschwinden wird.

These 5: Die Einschätzung über die Folgen eines möglichen Wahlerfolgs der AfD in Thüringen oder Sachsen gehen weit auseinander. Der Appell: Lasst sie mal regieren, die Wähler werden schon merken, dass die auch nichts können, ist ihres Erachtens nicht nur sachlich falsch, sondern er würde bei einer Umsetzung unsere freiheitliche Demokratie gefährden.

Nach dem Impulsvortrag folgt eine Podiumsdiskussion mit Jan Fleischhauer, der in den 1980er Jahren zunächst ein Studium der Literaturwissenschaften und Philosophie in Hamburg abschloss. Nach einem längeren Praktikum bei der Münchner Abendzeitung und einem Besuch der



Prof. Dr. Ursula Münch und Jan Fleischhauer diskutierten lebhaft über den Zustand der Demokratie.

Henri-Nannen-Schule für Journalisten in Hamburg, arbeitete Jan Fleischhauer ab 1989 in verschiedenen Funktionen als Redakteur beim Spiegel, unter anderem als Leiter des Hauptstadtbüros und Anfang der 2000er als Wirtschaftskorrespondent in New York. Im Jahr 2019 wechselte Fleischhauer zum Burda-Verlag und wurde Mitglied der Chefredaktion des FOCUS. Sein Sachbuch ‚Unter Linken. Von einem, der aus Versehen

konservativ wurde‘ zählte 2009 zu den meistverkauften Sachbüchern Deutschlands und hielt sich mehrere Monate in der Spiegel-Bestsellerliste.

Zu Beginn kritisiert Fleischhauer den aktuellen Entwurf des Demokratiefördergesetzes der Ampelregierung. Die Kritik präzisiert er an zwei Aspekten des Gesetzes: Zum einen sei eine Verstärkung der Fördermittel für „die eigenen Truppen, die in der Demokratieförderung tätig sind, also die ganzen Antifa-Gruppen“ über drei bis fünf Jahre ohne Evaluation nicht sinnvoll. Vor allem aber kritisiert er die geplante Einführung einer neuen Stufe bei Delikten gegen die Meinungsfreiheit, die zwar strafrechtlich nicht relevant seien, die man aber gleichwohl verfolgen möchte. Insbesondere die Kategorie der Delegitimierung des Staates könne zur Einschränkung der Meinungsfreiheit missbraucht werden, so Fleischhauer. Auch Prof. Dr. Münch betont, dass sie das Demokratiefördergesetz in vielen Aspekten problematisch sehe, gerade auch die angesprochene Delikt-kategorie der Delegitimierung des Staates, die tatsächlich als Einfallstor genutzt werden könne. Gleichzeitig müsse man sich aber auch die Frage stellen, warum tut man das? Hier sehe man eine gewisse Hilflosigkeit des Staates, weil es im Grunde tatsächlich Versuche gebe, die repräsentative Demokratie und die Gewaltenteilung momentan in Abrede zu stellen. Hier müsse man sehr wohl hinschauen, allerdings sei das Kriterium der Delegitimierung des Staates kein Kriterium, das in einem Demokratiefördergesetz festgeschrieben werden solle oder ein sinnvolles Kriterium für den Verfassungsschutz, so Prof. Dr. Münch.

Mit Blick auf die Frage der Spaltung der Gesellschaft, sind sich die Diskutanten einig. Auch Fleischhauer sehe noch keine Spaltung der Gesellschaft in zwei Lager. Möglicherweise habe man aber größere Ränder, gerade mit Blick auf die AfD. Problematisch sei allerdings das gestiegene Erregungspotenzial durch neue Medien, insbesondere durch abseitige Meinungen. Prof. Dr. Münch stellt in diesem Zusammenhang die grundsätzliche Frage, woher das „Gequatsche von der Spaltung der Gesellschaft“ überhaupt komme. Diese Aussage werde zwar von den Medien beflügelt, aber ihres Erachtens ist es vor allem auch im Interesse von Extremisten, von einem Untergang des Abendlandes zu reden.

Tilman Röder stellt danach die Frage, ob wir inzwischen zwar keine Spaltung der Gesellschaft, aber immer extremere Positionen in der Politik haben. Laut Prof. Dr. Münch sei dies nicht der Fall, auch nicht bei der aktuellen Gesetzgebung, beispielsweise der Cannabis-Legalisierung, des neuen Staatsangehörigkeitsrechts oder der Krankenhausreform. Mit Blick auf die angesprochene Gesetzgebung und die kontroversen Debatten dazu betont Fleischhauer allerdings, dass die Menschen derzeit das Vertrauen in die Politik verlieren. Besonders mache die Leute das Gefühl verrückt, dass die aktuelle Regierung den Blick und den Kontakt zur Realität verloren habe. So habe das Vertrauen der Bevölkerung in die Bundesregierung einen Tiefstand erreicht. Und dieser Vertrauensverlust könne ganz schnell zu einem Vertrauensverlust in das politische System allgemein führen. Und davor müssen man sich hüten.

Frau Prof. Dr. Münch verdeutlicht im Anschluss, dass die Bundesregierung zwar viele Fehler gemacht habe und viele Gesetze falsch angegangen sei, allerdings habe die aktuelle Bundesregierung auch mit einem ko-



Für Prof. Dr. Ursula Münch und Jan Fleischhauer wurden viele gesellschaftliche Probleme von politischer Seite zu wenig adressiert.

lossalen Problem zu kämpfen, nämlich den dramatisch gestiegenen Energiekosten. Das hätte eine andere Regierung unter den aktuellen Bedingungen vermutlich genauso getroffen. Zumal ihrer Meinung nach eines der Erfolgsrezepte bundesdeutscher Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte der Zugang zu billiger Energie war. Auch dürfe man nicht vergessen, dass momentan Themen der Infrastruktur angegangen würden, die der deutschen Wirtschaft und der künftigen Bundesregierung in zwanzig Jahren von Nutzen sein werden. Fleischhauer attestiert der Bundesregierung zwar eine gute Leistung zu Beginn der Energiekrise – als man

nach dem Einfall Russlands in die Ukraine mit dem Rücken zur Wand stand. Das hätten auch die Leute anerkannt. Die Frage nach der Abschaltung der Kernkraftwerke wäre dann allerdings unzureichend adressiert worden: In dem Moment, in dem jede einzelne Kilowattstunde ein patriotischer Beitrag gewesen war, könne man den Leuten nicht erklären, die drei Kernkraftwerke abzustellen. Und jetzt, ein halbes Jahr später, würde die große Gas-Kraft-Strategie aufgelegt, die genau die Energie bereitstelle, die man vorher nicht als Atomkraft gebraucht habe.

Eine der letzten Fragen der Podiumsdiskussion dreht sich schließlich um die Fähigkeit der Politik, die aktuellen Probleme der Menschen zu lösen. Laut einer Umfrage der R+V Versicherung aus dem Jahr 2023 sind die Top 7 Sorgen der Menschen in Deutschland: Steigende Lebenshaltungskosten, Wohnen in Deutschland unbezahlbar, Steuererhöhungen/Leistungskürzungen, Überforderung des Staates durch Geflüchtete, schlechtere Wirtschaftslage, Überforderung der Politikerinnen und Politiker, die Kosten für Steuerzahler durch EU-Schuldenkrise. Tilman Röder stellt mit Blick auf die Sorgen der Deutschen die Frage, ob die politischen Parteien in Deutschland diese Probleme adressieren. Prof. Dr. Münch gibt in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass die Politik versuche, darauf vor allem programmatisch zu reagieren. Allerdings bestehe inzwischen eine sozialisierte Erwartungshaltung an den Staat, die die Parteien einlösen sollen, die sie aber nicht mehr erfüllen können. Dies würden nun unseriöse Parteien mit Behauptungen ausnutzen, dass für die Probleme doch Geld da sei, man dürfe nur keine Flüchtlinge mehr aufnehmen oder keine Klimapolitik betreiben. In der anschließenden, wenn auch kurzen, Diskussionsrunde mit dem Publikum, bringt ein Anwesender, stellvertretend für viele Mittelständler in Deutschland, die Stimmung auf den Punkt: **Der Mittelstand habe momentan ein enormes Frustrationspotential, wie es in den letzten 30 bis 40 Jahren nicht bestand und man habe das Gefühl, dass die Politik ihre Hausaufgaben nicht mache und nicht aus ihren Fehlern lerne.**

„Friedensethik im Lichte des Ukrainekriegs“

Vortrag von Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm, Vorsitzender des Weltkirchenrats am 15. Mai 2024 im Westin Grand

Unter der Überschrift „Friedensethik im Lichte des Ukrainekriegs“ lädt das Peutinger-Collegium zur Abendveranstaltung im Mai ein. Der Ukraine-Krieg tobt inzwischen seit über zwei Jahren und nach wie vor gibt es keine Lösung, wie ein Ende des Krieges erreicht werden kann. Als einer der bekanntesten Theologen Deutschlands beleuchtet Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm diese Diskussion und das Thema Friedensethik aus christlicher Sicht.

Nach einer kurzen Begrüßung aller Anwesenden stellt Dr. Andreas Bachmeier, Präsident des Peutinger-Collegiums e.V., zunächst den Gastredner vor:

Geboren 1960 in Memmingen als Sohn eines evangelischen Pfarrers, verbrachte Heinrich Bedford-Strohm seine Kindheit in Pfarrhäusern in der Nähe von Memmingen und in Coburg. Nach dem Abschluss des Studiums der Evangelischen Theologie 1988, war er zunächst an der Universität in Heidel-

berg tätig und promovierte hier 1992. Nach mehreren Jahren als Pfarrer in einer Coburger Kirchengemeinde wurde Bedford-Strohm 2004 an die Otto-Friedrich-Universität Bamberg berufen. 2011 erfolgte schließlich die Wahl zum Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern. Zwischen 2014 und 2021 war er außerdem Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Seit 2022 ist Bedford-Strohm

Vorsitzender des Zentralausschusses des Weltkirchenrats. Inzwischen zählt er konfessionsübergreifend zu den bekanntesten Kirchenvertretern Deutschlands. Als solcher sei er der „unverdrossene Optimist unter den Christenmenschen in Deutschland“, so der Bayerische Rundfunk, und ihm werde eine unerschütterliche Zuversicht nachgesagt und – angesichts mancher Krisen – auch vorgeworfen. Aus diesem Grund freue man sich nun besonders, betont Bachmeier, dass man Heinrich Bedford-Strohm in dieser Runde zum Thema Friedensethik begrüßen könne.

Bedford-Strohm schildert zunächst kurz seine persönlichen Erfahrungen im Austausch mit ukrainischen Kirchenvertretern, berichtet von seinem Besuch in der Ukraine und welche Erfahrungen er dort gemacht habe. Auch die Situation im Weltkirchenrat, in dem 352 Kirchen aus mehr als 120 Ländern mit rund 600 Millionen Gläubigen vertreten sind, sei momentan eine besondere, da dort auch die russisch-orthodoxe Kirche Mitglied sei. Dies führe, wie man sich wahrscheinlich vorstellen könne, immer wieder zu Zerreißproben.

Nach diesen einleitenden Worten geht Bedford-Strohm schließlich auf die grundsätzliche Thematik des Abends ein und stellte die theoretische Frage, wie eigentlich eine ethische Urteilsbildung möglich sei, und macht dies am Begriff der Zeitenwende fest. Von einer Wende könne man in der Tat sprechen, weil nun eine Situation bestehe, die die allerwenigsten Leute so vorausgesehen hätten: Einen Angriffskrieg mitten in Europa und eine Diplomatie, die durch Lügen ad absurdum geführt worden sei. Das seien Herausforderungen, die alle beschäftigen müssen und wo jede Naivität unangebracht ist. Aber Naivität gäbe es auf beiden Seiten. Auch der Glaube daran, dass mit militärischen Mitteln alles zu lösen sei, ist naiv. **Gewalt ist immer etwas Schreckliches und wenn militärische Gewalt angewandt werden müsse, befinde man sich immer in einer Dilemma-Situation, so Bedford-Strohm.**

12



Heinrich Bedford-Strohm, ein, laut BR, unverdrossener Optimist unter den Christenmenschen in Deutschland, referierte zur Friedensethik.

berg tätig und promovierte hier 1992. Nach mehreren Jahren als Pfarrer in einer Coburger Kirchengemeinde wurde Bedford-Strohm 2004 an die Otto-Friedrich-Universität Bamberg berufen. 2011 erfolgte schließlich die Wahl zum Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern. Zwischen 2014 und 2021 war er außerdem Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Seit 2022 ist Bedford-Strohm

Landkarte der Friedensethik

Laut Bedford-Strohm unterscheidet man momentan vier grundsätzliche Positionen in der Friedensdebatte: Der unbedingte oder deontologische Pazifismus sieht den Verzicht auf Gewalt als Gebot, das es aus Überzeugung einzuhalten gilt. Der argumentative Pazifismus hingegen betrachtet Gewaltfreiheit vor allem aufgrund der



Heinrich Bedford-Strohm erläuterte die vier grundsätzlichen Positionen der Friedensdebatte und interpretierte auch den von Bundeskanzler Scholz geprägten Begriff der Zeitenwende.

Erfahrungen der Vergangenheit als einzig vernünftigen Weg. Diese Argumentation scheiterte allerdings aus Sicht von Bedford-Strohm bereits mit Blick auf das Dritte Reich und den Zweiten Weltkrieg, da ein Gewaltverzicht der Alliierten einen Sieg der Nazis mit allen Konsequenzen bedeutet hätte. Der Verantwortungspazifismus schließt Gewalt in Notsituationen nicht aus, allerdings hat der Gewaltverzicht eindeutigen Vorrang. In diesen Situationen ist Gewalt aber theologisch betrachtet auch immer mit Schuld verbunden. Nach der vierten und letzten Position, dem gerechtigkeitsethischen Ansatz, ist Gewaltfreiheit einer von vielen Werten, beispielsweise wie der Kampf für Gerechtigkeit, welche gegeneinander abwägt werden müssen. Auch wenn es zwischen den unterschiedlichen Positionen Kontinuitäten und Überschneidungen gibt, ist die Unbefangenheit gegenüber der Anwendung von Gewalt bei der letzten Position am größten. Diese vier Positionen seien der Rahmen für das, so Bedford-Strohm, was die christliche Friedensethik beschreibe. Jenseits davon stehe das Feiern von Gewalt, auch zum Beispiel die Siegesfeiern in den USA, die nicht die menschlichen Kosten eines Sieges im Blick hätten.

Die Lehre vom gerechten Krieg

Im 20. Jahrhundert ist die Friedensethik noch von der Lehre des gerechten Kriegs geprägt, in der verschiedene Kriterien für einen gerechten Krieg festgelegt sind: Der Krieg muss von einer legitimen Autorität erklärt werden (Legitima Potesta), es muss ein gerechter und schwerwiegender Grund vorliegen, z. B. die Störung des Friedens durch äußeren Rechtsbruch und fremde Gewalt (Causa Iusta), der Krieg darf nur als letztes Mittel eingesetzt werden (Ultima Ratio), der Krieg muss mit einer gerechten Absicht geführt werden, also den Frieden und die Gerechtigkeit wiederherzustellen (Recta Intentio) und der Krieg muss nach dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit geführt werden (Debitus Modus). Diese Kriterien seien jedoch nicht dazu geschaffen worden, Kriege zu rechtfertigen, betont Bedford-Strohm, sondern um die Legitimität von Kriegshandlungen zu begrenzen. Dass man diese Maßstäbe auch missbraucht habe, stehe wiederum auf einem anderen Blatt, zumal, wenn man die Kriterien guten Gewissens anwende, man feststelle, wie restriktiv diese eigentlich seien.

Betrachte man nun die Positionen der Friedensethik und die Kriterien eines gerechten Kriegs sehe man, wie wichtig es sei, dass Gewalt- und Kriegsprävention immer Vorrang haben müssen.

Man dürfe gar nicht erst in eine Lage kommen, in welcher nur noch die Dilemma-Situation bleibe. Dies macht Bedford-Strohm am Beispiel des Völkermords in Ruanda deutlich, in welchem UNO-Blauhelmsoldaten nicht militärisch eingriffen. Deren Führung entschied sich gegen Waffengewalt und sah so der Ermordung von schätzungsweise rund einer Million Menschen tatenlos zu. Inzwischen habe es in der UNO allerdings einen Lernprozess gegeben, der in der Responsibility to Protect gemündet sei, um solche Ereignisse zu verhindern und Eingriffe der internationalen Staatengemeinschaft zu rechtfertigen. In diesem Zusammenhang habe man im modernen Völkerrecht das Konzept des gerechten Kriegs im Rahmen des Leitbilds eines gerechten Friedens aufgehoben. Daraus folge allerdings nicht, dass die moralischen Kriterien eines gerechten Kriegs aufgegeben worden wären, da diese nach wie vor den allgemeinen Kriterien einer Ethik der rechtserhaltenden Gewalt zugrunde liegen. In einer Denkschrift aus dem

Jahr 2007 habe die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) folgende Kriterien für den Einsatz einer rechtserhaltenden Gewalt definiert: Erlaubnisgrund, Autorisierung, richtige Absicht, äußerstes Mittel, Verhältnismäßigkeit der Folgen, Verhältnismäßigkeit der Mittel, Unterscheidungsprinzip (d. h. , an der Ausübung primärer Gewalt nicht direkter beteiligter Personen und Einrichtungen sind zu schonen). **Diese Kriterien machen deutlich, so Bedford-Strohm, dass es in der grundlegenden Debatte um die Überwindung von Gewalt gehe und nicht um deren Legitimation.**

Eindrücke aus der Ukraine

Bedford-Strohm geht danach auf die kirchliche Position zum Ukraine-Krieg ein. Grundsätzlich sei es schon beinahe ein Wunder, dass die Vollversammlung des



Nach dem Vortrag war Zeit für Fragen zur Friedensdebatte und der Einordnung der Situation in der Ukraine.

Weltkirchenrats 2022, trotz Anwesenheit der Delegierten der russisch-orthodoxen Kirche, den illegalen und nicht zu rechtfertigenden Krieg in der Ukraine verurteilte und einen Waffenstillstand forderte. Allerdings habe sich diese Positionierung der russisch-orthodoxen Kirche zumindest in der Führung um Patriarch Kyrill gewandelt und inzwischen werde sogar von einem Heiligen Krieg gesprochen, und das obwohl auch die russisch-orthodoxe Kirche in einer Erklärung von 2000 das Konzept eines Heiligen Kriegs ausdrücklich ablehnte.

Anschließend berichtet Prof. Dr. Bedford-Strohm ausführlich von seinen Besuchen in der Ukraine und den Eindrücken von der Zerstörung, die er dort gewonnen habe. Zunächst hielt er aber fest, dass es in der Ukraine inzwischen zwei orthodoxe Kirchen gebe. Die ukrainisch-orthodoxe Kirche, die bis zum Ukraine-Krieg Teil der russisch-orthodoxen Kirche war und die orthodoxe Kirche der Ukraine, die sich 2018 aus mehreren orthodoxen Strömungen zusammengeschlossen habe und vom Patriarchen von Konstantinopel inzwischen als eigenständig anerkannt worden ist. Und obwohl sich beide Kirchen gegen den Krieg aussprächen, streite man gleichzeitig darum, welche Kirche die ‚eigentliche‘ ukrainische Kirche sei. Die ukrainisch-orthodoxe Kirche beklage in diesem Zusammenhang, dass die ukrainische Regierung zu ihren Ungunsten eingreife, weil man trotz der Verurteilung des Kriegs und der Loslösung von der russisch-orthodoxen Kirche einer Kollaboration verdächtigt werde. Besonders eindringlich und mit Fotos aus der Ukraine beschreibt Bedford-Strohm im Anschluss die Zerstörung vor Ort, die vor allem auch zivile Gebäude betreffe. Wichtig sei es deshalb vor allem, sich klarzumachen, dass militärische Gewalt nie die Lösung sei. Sie könne vorübergehend notwendig sein, um Schlimmeres zu verhindern, aber man müsse durch die Militärlogik hindurch überlegen, wie man den Krieg endlich beenden könne. **Und bei aller Unterstützung für die Ukraine, die man auch weiter aufrecht halten soll, dürfe man nicht andere Konflikte und Problem weltweit aus den Augen verlieren und müsse die gestiegenen Militärausgaben hinterfragen.** Zudem muss man sich auch in aller Deutlichkeit die Frage stellen, wie der Krieg endlich beendet werden könne. Abschließend betont Bedford-Strohm, dass er nach wie vor die Hoffnung habe, dass der Krieg ende und sich die Zeiten wieder ändern.



„USA, China und neue Konflikte in der Welt – Chancen und Risiken für deutsche Unternehmen“

Vortrag von Karl Haeusgen, Vorsitzender Aufsichtsrat HAWE Hydraulik SE und Präsident des VDMA, am 24. Juli 2024 im Bankhaus Donner & Reuschel

Bereits zum dritten Mal gastiert das Peutinger-Collegium im Juli im Münchner Traditionsbankhaus Donner & Reuschel. In seiner Begrüßung betont Thomas Erlinger von Donner & Reuschel, dass diese Zusammenarbeit auch in den kommenden Jahren gerne fortgesetzt werden könne, zumal man die gleichen Werte, Ideale und auch Zielgedanken teile.

Im Anschluss heißt Co-Präsident Prof. Dr. Peter Lutz offizielle alle Anwesenden Mitglieder und Gäste des Peutinger-Collegiums willkommen und stellt kurz das Thema des Abends vor: USA, China und neue Konflikte in der Welt – Chancen und Risiken für deutsche Unternehmen. Insbesondere mit Blick auf die kommende Präsidentschaftswahl in den USA ein sehr spannendes Thema. Deshalb freue sich das Peutinger-Collegium umso mehr, an diesem Abend mit Karl Haeusgen den aktuellen Präsidenten des VDMA (Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V.) begrüßen zu können.

Christine Gärtner, Mitglied im Peutinger-Präsidium, stellt anschließend kurz Karl Haeusgen vor: Aufge-



Christine Gärtner bei Vorstellung von Karl Haeusgen.

wachsen in München, studierte er zunächst Betriebswirtschaftslehre an der Hochschule in St. Gallen, bevor er für verschiedene Unternehmen in Deutschland und im Ausland tätig war. 1994 trat er schließlich in das Unternehmen HAWE Hydraulik ein, welches dieses Jahr 75-jähriges Firmenjubiläum feiert und als Familienunternehmen nach wie vor die Wertschätzung der 2800 Mitarbeiter besonders großschreibt. Von 1996 bis 2019 war Haeusgen als Mitglied der Geschäftsleitung bzw. Sprecher des Vorstands für verschiedene Bereiche verantwortlich, u.a. Vertrieb & Marketing, Unternehmensentwicklung & Strategie und Corporate Communications. Seit 2019 ist er nach seinem Ausscheiden aus der Geschäftsleitung Aufsichtsratsvorsitzender von HAWE Hydraulik und seit 2020 zudem Präsident des VDMA, der die Interessen von mehr als 3600 Mitgliedsunternehmen mit einem europäischen Umsatzvolumen von 748 Milliarden Euro vertritt.

Zu Beginn seines Vortrags betont Haeusgen die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Maschinenbaus: Mit 1,2 Millionen Beschäftigten in Deutschland ist der Maschinenbau die größte produzierende Industrie in Deutschland, noch vor der Automobil- oder Chemieindustrie. Zwar sind auch größere Unternehmen Mitglied im VDMA, der typische deutsche Maschinenbauer hat aber etwa 180 bis 220 Mitarbeiter und eine Exportquote von über 80 Prozent. Deshalb ist der VDMA inzwischen auch weltweit mit Büros vertreten, beispielsweise in Washington, Brüssel, Tokio, Peking oder Mumbai. Insofern sei es aus der Sicht der Branche derzeit umso bedauerlicher, so Haeusgen, dass multilaterale Institutionen, insbesondere die WTO, eine solche Schwächephase erleiden. Diese liege aber weniger an den Institutionen selbst, sondern viel mehr daran, dass diese ein Spielball der mächtigen Player China und USA geworden sind. Umso wichtiger sei es, dass die

EU wieder eine selbstbewusste Position einnimmt und ihre Position im internationalen Machtgefüge stärker behauptet.

Blickt man zunächst nach China, so hat sich das Land seit dem Machtantritt von Xi Jinping sehr stark verändert. **Haeusgen warnt aber in diesem Zusammenhang, bei der Bewertung der chinesischen Wirtschaftsleistung nur die absoluten Zahlen zu betrachten.** Diese seien in den vergangenen Jahrzehnten natürlich beeindruckend. Relativiere man diese Zahlen allerdings, gebe es andere Staaten, die im gleichen Zeitraum ein gleiches oder größeres Wachstum erzielen konnten. Auch dürfe man autoritäre Regime mit Blick auf mögliche Planungsvorteile nicht erklären, wie die Corona-Pandemie gezeigt hat. Welche wirtschaftspolitischen Ziele verfolgt nun China tatsächlich? Mit der „Made in China 2025“-Strategie setzt China auf größtmögliche Autarkie. Daraus folgen drei konkrete Ziele: Eine zentrale Rolle Chinas in den globalen Industrie- und Lieferketten schaffen, Abhängigkeiten in „Engpass-Technologien“ verringern und ausländische Abhängigkeiten bei „Trumpfkarten-Technologien“ aufbauen. Diese Ziele versucht die chinesische Regierung durch die massive Unterstützung der heimischen Unternehmen und die immer gleiche Strategie zu erreichen: Zunächst erfolgt in der ersten Phase der Technologietransfer in Industriezweigen, die bisher westlich dominiert worden sind. Danach werden die Unternehmen in den entsprechenden Wirtschaftszweigen mit staatlichen Mitteln subventioniert, bevor in der dritten Phase nur noch die stärksten und lukrativsten Unternehmen als nationale Champions übrigbleiben. Durch dieses nationale Monopol und die anschließende Senkung der Produktionskosten kann in der letzten Phase eine globale Dominanz entstehen, wie dies momentan beispielsweise bei Solarpanels oder Windkraftanlagen zu beobachten ist.

Die USA begegnen den Anstrengungen Chinas nun mit dem „nationalen Ansatz“ und versuchen ihre globale Führungsrolle zu behaupten bzw. wiederzugewinnen. Besonders wichtig für die USA sind in diesem Zusammenhang zwei Ziele: Gewährleistung der nationalen Sicherheit und eine hohe Beschäftigungsquote im heimischen Arbeitsmarkt. Dies hat unter anderem bereits dazu geführt, dass auch die Republikaner, die

sich über Jahrzehnte für Freihandel eingesetzt haben, versuchen, diese Ziele durch Protektionismus zu erreichen. Welche politischen Folgen in diesem Kontext ein Sieg Donald Trumps bei der Präsidentschaftswahl im November für die globale Wirtschaft haben würde, kann bereits jetzt auf der Homepage der Heritage Foundation und dem dort veröffentlichten Regierungsprogramm „Project 2025“ nachgelesen werden. Neben weitreichenden innenpolitischen Maßnahmen, würde ein Wahlsieg Trumps vor allem Zölle auf alle Produkte aus dem Ausland nach sich ziehen, mit den entsprechenden wirtschaftspolitischen Konsequenzen. Darunter würden vor allem mittelständische Unternehmen leiden, die keinen eigenen Standort in den USA haben und für die hohe zusätzliche Kosten entstehen würden.

Unter diesem Gesichtspunkt sei auch ein Vergleich der aktuellen Subventions- und Förderungspolitik interessant. Hier gibt es im Vergleich zwischen den USA und Europa gar keine allzu großen Unterschiede bei der Förderhöhe. Allerdings unterscheidet sich die Art der Förderung, was unterschiedliche Vor- und Nachteile beinhaltet: Während in den USA vor



Karl Haeusgen sieht europäische Unternehmen vor der Wahl „China oder USA?“.

allein mit Steuergutschriften gearbeitet wird, die erst nachgelagert ausbezahlt werden, erhalten Unternehmen in Europa Subventionen im Vorfeld der Investition. Wie wird sich der schwelende globale Handelskonflikt nun weiterentwickeln? Aus Sicht von Karl Haeusgen werde die Haltung der USA gegenüber China in den nächsten Jahren noch deutlich härter werden, unabhängig vom Ausgang der Wahl. Für europäische Unternehmen werde das wahrscheinlich die Konsequenz haben, dass man vor die Wahl „China oder USA“ gestellt werde. Aktuell allerdings profitiere der deutsche Maschi-

nenbau noch von den handelspolitischen Spannungen, da sich immer mehr chinesische Maschinenbauer aus dem amerikanischen Markt zurückziehen müssen und deutsche Unternehmen mit ihrem spezifischen Know-how diese Lücken ausfüllen können. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die aktuelle Debatte zum Thema Strafzölle auf E-Autos. Zunächst handelt es sich,



Viele Fragen zum Zustand der deutschen Wirtschaft und deren Zukunft.

trotz der Verwendung des Begriffs in der Öffentlichkeit, dabei nicht um Strafzölle, sondern um Ausgleichzölle. Ausgleichzölle sind ein legitimes Mittel der WTO, das die EU nutzt, um Verhandlungsdruck aufzubauen. Sollte eine Verhandlungslösung erreicht werden, wird die Zolldifferenz zurückgezahlt. Erst wenn keine Lösung gefunden wird, kommt es zu Strafzöllen. Der VDMA unterstützt solche WTO-konformen Maßnahmen, die sich gegen irreguläre Subventionsmaßnahmen richten.

Nach dem Vortrag geht es in die offene Frageunde, die sich vor allem um Themen wie die konkreten Folgen der Präsidentschaftswahl in den USA für Europa, die Wirtschaftspolitik der aktuellen Bundesregierung und die Transformation der deutschen Industrie dreht.

Die aktuelle Politik der Ampelregierung bewertet Karl Haeusgen sehr differenziert. Grundsätzlich sei das Verhältnis von Ampelkoalition und Wirtschaft außerordentlich schwierig und es habe sich eine enorme Unzufriedenheit angesammelt. Betrachte man allerdings beispielsweise das Themenfeld Bürokratie, dann sei die aktuelle Situation nicht von der Ampel geschaffen worden, sondern von den Vorgängerregierungen. In diesem Zusammenhang falle ihm auch kein Gesetz der Ampel ein, so Haeusgen, das für Unternehmen mehr Bürokratie geschaffen habe, eher im Gegenteil. Man müsse also immer sehr genau hinschauen. Warum die Wirtschaftspolitik der Ampel von Unternehmerseite so schlecht bewertet werde, lege vor allem auch daran, dass Vertreter der Ampelregierung (insbesondere Robert Habeck) industriepolitisch regulativ und gesellschaftspolitisch progressiv denken, während viele Unternehmen wirtschaftspolitisch liberal sind und gesellschaftspolitisch eher konservativ. Durch diese beiden unterschiedlichen Betrachtungsweisen entstehe ein Konflikt, so Haeusgen, der sich auch auf die Bewertung der Politik auswirkt. Dabei wurden in den letzten zweieinhalb Jahren mehr wirtschaftsfreundliche Gesetze verabschiedet als in der gesamten Legislatur der großen Koalition zuvor.



„Künstliche Dummheit? Fluch und Segen der KI“

Vortrag von Richard Tigges, Direktor für globale strategische Kommunikation der AUDI AG, am 19. September 2024 im Westin Grand

Künstliche Intelligenz (KI) ist heute der zentrale Treiber technologischer Innovationen und verändert zahlreiche Branchen grundlegend. Von automatisierten Prozessen bis hin zu intelligenten Assistenzsystemen revolutioniert sie die Art und Weise, wie wir arbeiten und leben. Um dieses hochaktuelle Thema zu diskutieren, gastierte das Peutinger-Collegium im September im Hotel The Westin Grand.

Die Veranstaltung eröffnet Präsident Dr. Andreas Bachmeier und entschuldigt zu Beginn, die kurzfristige Änderung des Gastredners. Der ursprünglich vorgesehene Prof. Dr. Sami Haddadin vom RSI - Lehrstuhl für Robotik und Systemintelligenz der Technischen Universität München - musste krankheitsbedingt absa-



Dr. Andreas Bachmeier bei der Vorstellung von KI Experte Richard Tigges.

gen. In Richard Tigges, Direktor für globale strategische Kommunikation bei der Audi AG, wurde aber ein nicht minder qualifizierter Gastredner gefunden. Für seine kurzfristige Bereitschaft spricht ihm Dr. Bachmeier besonderen Dank aus und stellt ihn anschließend kurz vor. Richard Tigges begann seine berufliche Karriere beim Radio und arbeitete dort bei verschiedenen Stationen, bevor er zum Fernsehen wechselte. Anschließend war er in der Staatskanzlei tätig. Bis zu seinem Wechsel 2011 zur Audi AG, wo er seitdem in unterschiedlichen Funktionen in der Kommunikation arbeitet.

Seinen Vortrag startet er mit einem Video-Beispiel. In diesem Video konnten die Anwesenden den Schauspieler Tom Cruise sehen, wie er spricht, sich bewegt.

Allerdings handelt es sich dabei um einen täuschend echt wirkenden KI generierten Deep-Fake. In einer persönlichen Anekdote verdeutlicht Richard Tigges, wie KI längst Teil unseres Alltags ist und künftig sogar soziale Kontakte ersetzen könnte. Das klingt schockierend, aber für einsame, kranke oder ältere Menschen könne dies eine Bereicherung darstellen. Auch er führe mit der künstlichen Intelligenz Gespräche - und es seien auch Diskussionen möglich. Die KI sei keine „Ja-Sagerin.“

Bei der generativen KI handelt es sich um Systeme, die Inhalte wie Texte, Bilder und Musik und andere komplexe Daten generieren können. Das Generative basiere dabei auf enorm großen Trainingsmaterial. KI habe immer das Ziel, den erteilten Auftrag des Users zu erfüllen. Und um das zu tun, schätze die künstliche Intelligenz bei jeder Anfrage, was denn die beste Antwort auf die Frage sein könnte - die Antwort der KI beruhe dabei auf dem gesamten gesammelten Weltwissen, das online verfügbar ist.

Die Ergebnisse seien deswegen so gut, da die KI bei der Generierung der Antwort eine Wahrscheinlichkeitsrechnung durchführe. Neuronale Netze, die denen des Menschen nachempfunden sind und mit denen ab circa 2012 erstmals gearbeitet wurde, liefern dafür die wahrscheinlichste Information. Dabei filtere sie die „DNA“ aus vorhandenem Content, die genutzten Texte sind dabei aber nicht mehr erkennbar, da sie sich aus einer unglaublichen Menge an Trainingsmaterial bediene. Bei Bildern sei dies etwas anderes. Hier spiele auch immer die persönliche Note des Künstlers eine Rolle, und dadurch seien bisher Fälschungen noch deutlich erkennbar - für Tigges aber eine Frage der Zeit.

Die vorhandene Ähnlichkeit der natürlichen und künstlichen Intelligenz, erläutert er, sei mittlerweile nicht mehr zu leugnen. Die KI sammelt, genau wie der Mensch, die Informationen und Vorstellungen von der Welt in semantischen Clustern - also eine Vektualisierung

von Inhalten. Der Mensch könne dabei in maximal bis zu vier Dimensionen denken. Die Künstliche Intelligenz in bis zu 300.

Bis 2020 gab es nur die Möglichkeit, ein Sprachmodell an bestimmte Aufgaben anzupassen, dass der Mensch indem trainierte. Durch extrem schnelle Prozessoren konnten die Maschinen aber selbst lernen, Muster erkennen und daraus Modelle herstellen. So entstanden Large Language Models, (LLMs) bzw. Sprachmodelle. Und diese Modelle entwickeln sich ständig weiter. Dadurch würden sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten ganze Berufsfelder- und bilder verändern.

Richard Tigges Einschätzung dazu ist, dass es keine Branche geben wird, die sich nicht durch KI verändere.

Auch bei Audi kommuniziere man mittlerweile datenbasiert. Zahlen, Daten und Fakten und deren Analyse werden dabei immer wichtiger. Nach Kommunikation der Inhalte spiele auch der Impact, also der Einfluss auf die Rezipienten eine große Rolle. Können Einstellungsänderungen festgestellt werden? Ändert sich die Reputation? Wen erreicht das Unternehmen?

Der Gastredner geht dazu über, den Unterschied zwischen KI und Maschinenlernen zu erläutern. Künstliche Intelligenz sei eine Disziplin, Maschinenlernen und generative KI Teile dieser. Nun gebe es zusätzlich auch generativen Large-Language-Modelle. Durch diese können Fragen beantwortet werden, da diese mit dem verfügbaren Wissen trainiert wurden und somit Konzepte verstehen und Texte und Inhalte daraus erstellen können. Richard Tigges ist aber der festen Überzeugung,

dass diese Inhalte in den kommenden Jahren noch besser werden. Aktuell befände man sich im Bereich der KI erst in der Pionierphase.

Anschließend zeigt er, welche Inhalte die KI mittlerweile im Bild-Bereich generieren könne und welche Bearbeitungsmöglichkeiten von Bildern durch die KI entstehen. Dazu präsentiert er ein Video mit dem Titel „Tokyo Walk“. In diesem KI generierten Video ist kaum mehr ein Unterschied zu einem nicht KI generierten Video zu erkennen. Ein weiteres Beispiel: der Bestseller-Autors Lord Jeffrey Archer. Künftig wäre es möglich, dass die KI dessen Romane schreibe. Auch Stimmen könne die KI lernen und anschließend nachahmen.

Richard Tigges betont nach diesen Beispielen nochmals, man befände sich erst in der Pionierphase. Es sei kaum auszudenken, was erst in ein paar Jahren möglich sei. Tigges ist wichtig, durch die Beispiele die disruptive Kraft der künstlichen Intelligenz aufzuzeigen. Seiner Meinung nach werde die KI auch nicht mehr verschwinden, sondern so lange existieren, wie der Planet Erde existiere. Das tolle an der KI sei, dass sie wenig koste und überall und jedem zur Verfügung stehe. Dies könne sich allerdings jederzeit ändern. Die Nutzung von KI verbräuche eine Unmenge an Strom und es gibt bereits Regionen, die deswegen auf KI verzichten. Seiner Meinung nach würde man sich dadurch aber etwas von der Zukunft ausschließen – die die KI nun mal sei. Zudem müsse vor allem bei sensiblen und persönlichen Daten besondere Vorsicht walten. Große Unternehmen arbeiten zum Schutz der Daten mittlerweile mit Kopien von verschiedenen Sprachmodellen.



Richard Tigges zeigte während seines Vortrags zahlreiche KI generierte Videos.

Um die Gefahren der KI aufzuzeigen, spielt Richard Tigges täuschend echt wirkende KI generierte Deepfake Videos von Morgan Freeman, Barack Obama und Donald Trump ab. Dies könne künftig Einfluss auf Wahlen und politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse haben. In einem weiteren Video warnt der ehemalige Chief Business Officer von Google X, Mo Gawdat, vor der zerstörerischen, unkontrollierten Macht der KI, die sie im militärischen Bereich einnehmen könnte. Auch der CEO von Microsoft AI, Mustafa Suleyman, äußerte sich bereits kritisch zur Entwicklung von KI und dem missbräuchlichen

Einsatz der Technologie. Tigges ist aber überzeugt davon, dass die künstliche Intelligenz ein Werkzeug sei, und von bösen Menschen würde dieses Werkzeug für böse Zwecke verwendet. Dafür brauche es Regeln und Standards. Auch ist er der Überzeugung, dass Texten, die die KI mit falschen Informationen trainieren, durch aufgestellte Regeln Einhalt geboten werden kann.

Im letzten Punkt seines Vortrags geht Richard Tigges auf das – seiner Meinung nach – als Auslaufmodell zu betrachtendes Prompten ein. Beim Prompten handelt es sich um klar formulierte Befehle oder Fragen, um Reaktionen oder Antworten von einer KI zu generieren. Seit circa einem Jahr, also seit die KI enorme Fortschritte macht, sei dies aber ein Auslaufmodell. Prompten verlange klare Schlüsselworte, ohne die keine Antwort erhalten werden kann. Er ist der Meinung, dass prompten mit der Weiterentwicklung von KI-Modellen und der von Robotern nicht mehr nötig und viel zu ungenau sei. Aktuell habe man die beste Mensch-Maschine Schnittstelle.

Anschließend erklärt Richard Tigges, wie sich künstliche Intelligenz in der Kommunikation verwenden lasse. Es sei möglich, Prozesse einfacher verständlich und gleichzeitig in jeder Sprache der Welt zu erklären und darzustellen. Durch einen Videobeitrag der Audi AG demonstriert er den Anwesenden, welche Rolle KI bei der Auswahl und der Analyse der Zielgruppe spiele. Nichtsdestotrotz betont er, dass die abschließende Kontrolle aber immer noch der Mensch mache und dies auch machen müsse. Um den Vortrag abzuschließen macht Tigges klar, dass für ihn ein verantwortungsvoller Umgang und eine stetige Weiterbildung im Umgang mit der künstlichen Intelligenz ausschlaggebend für den Erfolg der Nutzung sei.

Nach dem Vortrag ging es in die offene Frageunde. Dabei betont Richard Tigges erneut die Rolle der künstlichen Intelligenz in der Kommunikation und welchen Einfluss sie auf die Effektivitätssteigerung habe. Zielgruppen könnten nun genauer erfasst werden und



Dr. Andreas Bachmeier überreichte Richard Tigges ein nicht KI generiertes Präsent.

die Interessen besser gefiltert werden. Dadurch können Inhalte besser angepasst werden. Auch im Bereich der Automobilentwicklung helfe die KI dabei, beispielsweise das autonome Fahren oder das Erkennen von Mustern voranzutreiben, um so die Fahrsicherheit zu erhöhen. Aber: Für die Weiterentwicklung benötige es eine enorme Menge an Daten. Für den sinnvollen Nutzen und zur Erhöhung der Sicherheit sollte es im Interesse aller sein, diese Daten zu sammeln. Es brauche aber Regeln und Standards im Umgang mit der KI – ohne dabei die Freiheiten der Innovationen einzuschränken.



„In schlechter Verfassung: Die Präsidentschaftswahl 2024 und die Baufehler im politischen System der USA“

Vortrag von Stefan Kornelius, Leiter des Politik-Ressorts Süddeutsche Zeitung, am 09. Oktober 2024 im Westin Grand

Am 09. November 2024 wählen die USA einen neuen Präsidenten. Laut aktuellen Umfragen könnte das Rennen zwischen der demokratischen Kandidatin Kamala Harris und dem Kandidaten der Republikaner, Donald Trump, enger kaum sein. Um Entwicklungen im Wahlkampf und das politische System der USA einzuordnen und zu diskutieren, gastiert das Peutingen-Collegium im Oktober wieder im Hotel The Westin Grand. Gastredner mit dem Thema „In schlechter Verfassung: Die Präsidentschaftswahl 2024 und die Baufehler im politischen System der USA“ ist Stefan Kornelius, Ressortleiter Politik bei der Süddeutschen Zeitung (SZ).

Die Veranstaltung eröffnet Präsident Dr. Andreas Bachmeier mit einleitenden Worten zum aktuellen Wahlkampfgeschehen und stellt anschließend den Gastredner vor. Kornelius studierte Politik, Geschichte und Staatsrecht an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und der London School of Economics and Political Science. Seit 1988 arbeitet er für die SZ. Für diese war er von 1993 bis 1996 Korrespondent in Bonn, von 1996 bis 1999 Korrespondent in Washington, D.C. und anschließend stellvertretender Büroleiter in Berlin. Seit 2000 ist er Ressortleiter Außenpolitik und seit 2021 Ressortleiter Politik. Stefan Kornelius ist Mitglied der Atlantik Brücke und seine journalistische Tätigkeit wurde mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet.

Zu Beginn erläutert Stefan Kornelius die These des Vortrags, dass die derzeitige Spaltung der USA bereits Mitte der 1990er Jahre und damit lange vor Donald Trump begann. Die politische und gesellschaftliche Spaltung und Polarisierung sei systemischen Ursprungs und liege an dem kaum beweglichen System, das sich in den USA im Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts etablierte und sich aktuell wohl auf dem Höhepunkt befände.

1788 entwickelte sich mit der Einzelstaatenregelung ein Charakteristikum des Wahlsystems, so Kornelius. Jeder der 50 föderalen Bundesstaaten der USA habe eine eigene Regelung, beispielsweise wie und wann gewählt wird, wie Stimmen ausgezählt werden bis hin zu der Frage, wie der Wahlzettel aussieht. **Dies führe zu zahlreichen Verzerrungen im Wahlsystem** und polarisiere das Land zunehmend. Nach 1788 gab es lediglich vier Verfassungsänderungen, die das Wahlsystem betrafen. Keine davon berücksichtige aber Kri-



Dr. Andreas Bachmeier bei den einleitenden Worten zu Stefan Kornelius.

terien wie Bevölkerungswachstum, Wahlgerechtigkeit zwischen der schwarzen und weißen Bevölkerung oder die Entstehung von Metropolregionen. Stefan Kornelius führt aus, dass, um eine Präsidentschaft in den USA zu gewinnen, es nicht entscheidend sei, wer die Mehrheit der Bevölkerung von sich überzeugen kann, sondern wer die Mehrheit des Electoral Colleges (zu dt.: Wahlsystem) in jedem einzelnen Bundesstaat gewinne. Es braucht 270 Stimmen des Wahlsystemgremiums, um zu gewinnen. Dafür wird jedem Bundesstaat nach einem festen Muster eine bestimmte Anzahl an Wahlsystemen zugeteilt. Diese ergibt sich aus der Anzahl der Wahldistrikte plus je zwei Senatoren. Wie viele Wahldistrikte ein Bundesstaat hat, wurde in den 1910er Jahren festgelegt.

Man beschloss eine Obergrenze von 538 Elektoren und die Reduzierung der Kongressabgeordneten auf 438. Trotz des anhaltenden Bevölkerungswachstums wurde die Anzahl der Abgeordneten aber nicht mehr erhöht – was zur Folge hat, dass ein Abgeordneter immer mehr Wählerinnen und Wähler vertritt. Aktuell sind in einem Wahlkreis circa 800.000 Stimmberechtigte. Dies führe zu Verzerrungen in der Gewichtung der Stimmen zwischen bevölkerungsreichen und -armen Bundesstaaten.

Eine weitere Verzerrung im System entstehe durch die Zuteilung der Wähler in einem Bundesstaat. Dem Kandidaten mit den meisten Stimmen kommen alle Wähler zu – das sogenannte „Winner takes it all“ - Prinzip. In vielen Bundesstaaten sei das Mehrheitsverhältnis deshalb schon vor der eigentlichen Wahl klar. In nur noch lediglich sieben Staaten, den sogenannten Swing States, sind die Mehrheitsverhältnisse nicht eindeutig – und diese Staaten entscheiden faktisch die Wahl. Interessant, so Kornelius, sei ein Blick auf die Veränderung der Swing States in den letzten Jahren. Denn dies sage bereits viel über das politische System der USA aus. Seit Anfang der 1990er hat sich die Anzahl der unentschiedenen Staaten immer weiter reduziert. Daraus ergebe sich, dass es ein immer kleineres Gebiet sei, in dem Wahlkämpfe noch einen Unterschied machen und Wählerstimmen einen Ausschlag geben können. Im Jahr 2016 entschieden in Pennsylvania, Wisconsin und Michigan 80.000 Stimmen die Wahl, 2020 war es nur noch ein Unterschied von 45.000 in den Bundesstaaten Georgia, Wisconsin und Arizona. Momentan sei die Pro-



gnose relativ klar. 90 Prozent aller Wählerstimmen sind bereits entschieden und der nächste Präsident wird von

circa 400.000 gewinnbaren Stimmen abhängen. Das werfe, so Stefan Kornelius, natürlich Fragen der Repräsentativität auf, und wie weit dieses Wahlsystem gerecht sei. Verfassungstheoretiker würden argumentieren, das System sei gerecht, da es alle Bundesstaaten gleich behandle. Aber es herrsche, so Kornelius, eine heftige Debatte, denn es fände eine enorme Verzerrung statt, da eine Wahlstimme im Gesamtsystem untergewichtet oder übergewichtet ist im Vergleich der jeweiligen Bundesstaaten. Dadurch entstehe auch ein Ungleichgewicht zwischen den Wählern in den bevölkerungsreichen, ethnisch heterogenen Regionen an der Ost- und Westküste und der bevölkerungsärmeren, eher von Weißen besiedelten Mitte der USA. Diese Ungerechtigkeit führe zu sehr viel Unzufriedenheit, weshalb viele bevölkerungsreiche Regionen ein neues Wahlsystem und die Einführung des Mehrheitswahlrechts fordern.

Ein weiterer wichtiger Punkt des Wahlsystems sei der Senat. Jeder Bundesstaat entsendet zwei Senatoren nach Washington, D.C.. Auch hier war es den Gründervätern der USA wichtig, den föderalen Charakter zu betonen. Aus heutiger Sicht bedeute es aber, dass ein Senator immer mehr Wählerinnen und Wähler vertritt. Es gibt unterschiedliche Bevölkerungsmehrheiten und unterschiedliche Wählergruppierungen. Dies könne zur Folge haben, dass z. B. die Republikaner die Mehrheit im Senat haben, aber eine Minderheit der wahlberechtigten Bevölkerung repräsentieren.

Alle diese Verzerrungen und Polarisierungen des Systems und auch die Ursache, warum es kaum Änderungen gibt, haben für Stefan Kornelius einen Ursprung: das sogenannte Gerrymandering. Gerrymandering bedeutet, die alle zehn Jahre stattfindende Ziehung der Grenzen von Wahlkreisen so zu gestalten, dass sich Mehrheiten für eine der beiden Parteien ergeben. Wie die Wahlkreise gezogen werden, bestimmen immer die jeweils regierende Partei des Bundesstaates und dieses System habe sich in den letzten Jahrzehnten enorm perfektioniert, so Kornelius. Durch die US-amerikanische Vorgabe zur Wählerregistrierung wissen die Parteien in der Regel sehr genau, wo diese leben und wie sie Mehrheiten durch entweder Fracking, d. h. ein Wahlkreis wird aufgebrochen oder Packing, d. h. Bevölkerungsgruppen werden in einen Wahlkreis gebündelt, schaffen. Habe eine Partei einen sogenannten Trifecta

- also eine politische Situation, in der dieselbe Partei die Exekutive und beide Kammern der Legislative kontrolliert - fällt es dieser Partei enorm leicht, Wahlkreise beliebig zu gestalten. Aktuell gebe es 40 Staaten, in denen eine Triumvirat Situation der Fall ist. Dies führe zu einer Unbeweglichkeit des Systems.

Ein weiterer Faktor, so Stefan Kornelius, der das Wahlsystem der USA so verzerrt und polarisiert, sei die Wahlbeteiligung. Aktuell befände sich die Beteiligung bei nur circa 60 Prozent und das Vertrauen in das politische System habe in den letzten Jahren zunehmend nachgelassen. Auch rassistische Motive würden hier eine Rolle spielen. Das Wahlsystem bevorzuge Wählerstimmen der weißen Bevölkerungen. So seien in manchen Bundesstaaten Wahlkreisgrenzen so gezogen,



Dr. Andreas Bachmeier dankte Stefan Kornelius für seinen Vortrag kurz vor der US-Wahl.

um Schwarze Mehrheiten zu verhindern. Auch die Hürden für Wählerinnen und Wähler - etwa die Registrierung im Vorfeld - sorgen für ein Ungleichgewicht. Als Ausweisdokument diene in der Regel ein Führerschein, da es Pässe nicht gebe. Führerscheine sind teuer, was einkommensschwächere Bevölkerungsgruppe benachteilige. Zudem sei die Frage, wie und wann gewählt wird - per Wahlzettel, Brief oder elektronisch - nicht einheitlich geregelt und führe zu zahlreichen Fehlern. Auch, dass es theoretisch möglich sei, in zwei Bundesstaaten zu wählen, verringere das Vertrauen in das System. Ballot Boxes, also Briefkästen für die Briefwahlzettel,

würden aus teils diskriminierenden Beweggründen in Bundesstaaten ungleich verteilt. Durch diesen föderalen Flickenteppich sinke das Vertrauen in und der Frust über das Wahlsystem zunehmend. Kornelius Prognose ist, dass das Thema Wahlgerechtigkeit, v.a. bei Donald Trump, auch bei dieser Wahl eine große Rolle spielen werde.

All die genannten Faktoren führen zu einer immer stärkeren Polarisierung des Systems und Donald Trump wisse diese Fehler, die teils lange vor seinen politischen Ambitionen entstanden, sehr gut für sich zu nutzen. Die USA entwickeln sich, so Kornelius, hin zu einem Persönlichkeits-Wahlsystem. Die Partei sei zweitrangig geworden und reduziere sich auf den Kandidaten. Aber die Polarisierung ziehe sich durch das ganze Land - von den Medien bis hin zu den Gerichten. Das System sei festgefroren und nicht mehr beweglich und es findet eine enorme Lagerbildung statt, die das eigentliche Problem der USA sei. Das Land sei in dieser Polarisierung gefangen und politische Veränderungen kommen dadurch kaum mehr zustande. Es gebe zwar vereinzelt Bemühungen auf Bundesstaatenebene dieses System aufzubrechen, aber bisher findet das nicht flächendeckend statt. Das Fazit von Stefan Kornelius lautet demnach, dass die Wahl in den USA keine Frage des Kandidaten mehr sei, sondern eine Frage des Systems.

Nach dem Vortrag eröffnet Dr. Andreas Bachmeier die offene Fragerunde. Die Nachfrage nach den Chancen der Herausbildung einer starken dritten Partei schätzt Stefan Kornelius sehr gering ein. Das System sei zu starr, um eine Bewegung erfolgreich werden zu lassen. Er glaube aber, dass das System der Missrepräsentation und der Polarisierung kurz vor dem Bruch stehe und ein enormer Modernisierungsbedarf bestehe. Kornelius ist aber zuversichtlich, dass die USA diese Modernisierung schaffe. Eine abschließende Prognose, wer die Wahl im November nun gewinnen wird, lässt er offen. Er erwarte ein enorm enges Rennen, vor allem in Pennsylvania und Arizona, weswegen er eine eindeutige Prognose noch nicht abgeben könne.

„Aktuelle Herausforderungen der Demokratie“

Vortrag von Ilse Aigner, Präsidentin des Bayerischen Landtages, am 11. November 2024 im Westin Grand

Im Rahmen der letzten Veranstaltung des Peutinger-Collegiums 2024 begrüßen die anwesenden Mitglieder Ilse Aigner, Präsidentin des Bayerischen Landtags, im Westin Grand in München. Zuvor bedankt sich Peutinger-Präsidiumsmitglied Christine Gärtner bei Harald von Heynitz für 10 Jahre als Kassenprüfer des Peutinger-Collegiums. **Im Anschluss stellt Dr. Julian Traut die Gastrednerin des Abends vor: Ilse Aigner**, aufgewachsen im Landkreis Rosenheim und seit mittlerweile über sechs Jahren Präsidentin des Bayerischen Landtags, besetzte in ihrer langen politischen Laufbahn bereits viele verschiedene politische Ämter, unter anderem als Gemeinde- und Kreisrätin, Landtags- und Bundestagsabgeordnete sowie Bundes- und bayerische Staatsministerin. Dabei setzte sie sich auch immer, so Julian Traut, für Kernthemen unseres Gemeinwohls – Ehrenamt, Demokratie und Teilhabe – ein. In der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung ist dies umso wichtiger, in der sich auch im Bayerischen Landtag Ton, Stil und Umgang im demokratischen Diskurs zunehmend verschärft.

Sehr gerne sei sie heute der Einladung gefolgt, betont Ilse Aigner zu Beginn, zumal sie wisse, dass das Peutinger-Collegium eine äußerst renommierte Plattform ist, die sich mit den wichtigen Fragen der Gesellschaft entsprechend dem Motto „gelebte Freiheit in sozialer Verantwortung“ beschäftigt. Dies sei momentan besonders wichtig, zumal zunehmend der Rückzug des Einzelnen in das Private und die individuelle Abkehr von der Öffentlichkeit zu beobachten ist. Zuletzt war Ilse Aigner vor 15 Jahren zu Gast, damals als Bundeslandwirtschaftsministerin noch in einer anderen Funktion. Jetzt ist sie als gewählte Repräsentantin der Abgeordneten und überparteiliche Vertreterin des Souveräns, der Bürgerinnen und Bürger, vor Ort. Als Vorsitzende in der „Herzkammer der Demokratie“ ist sie zwar ganz der Neutralität verpflichtet – deshalb aber noch lange nicht ohne Haltung. Mit Blick auf die „turbulenten Zeiten“ und Herausforderungen – konkret die Wahl Donald Trumps und den Bruch der Ampel, aber auch allgemeine Fragen – Wie kommen wir wieder zu Wachstum? Wie gehen wir

mit der Zuwanderung um? Wie gehen wir mit unserem Sozialsystem in der Zukunft um? Oder wie richten wir die Bundeswehr aus? – vermissen die Menschen momentan Antworten aus der Politik. Deshalb ist es umso



Die Präsidentin des Bayerischen Landtags, Ilse Aigner, war die letzte Gastrednerin des Jahres.

wichtiger, dass Deutschland wieder schnell vollständig handlungsfähig ist. Man braucht einen Neuanfang, Zuversicht, stabile Verhältnisse und Mehrheiten, die Handlungsspielraum ermöglichen, um auf die veränderte Weltlage zu reagieren. **Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf das eigentliche Thema des Abends „Aktuelle Herausforderungen der Demokratie“ sowie die Situation in den Parlamenten in Deutschland fährt Aigner zunächst mit einer guten Botschaft aus einer aktuellen, repräsentativen Umfrage fort:** 93 Prozent der Bayerinnen und Bayern finden, dass unsere Demokratie wichtig und gut ist. Allerdings offenbart die Studie auch eine Schattenseite, nämlich dass rund ein Viertel der Befragten mit der derzeitigen Demokratiepraxis unzufrieden sind. Gleichzeitig nannten ebenfalls rund ein Viertel der Befragten, ohne einer Antwortvorgabe, die AfD als größte Gefahr für die Demokratie. Hierbei handle es sich zwar nur um ein Umfrageergebnis, so Aigner, allerdings komme dieses nicht von ungefähr.

Die Veränderung der politischen Kultur

Wie in der Einleitung bereits angesprochen, könne man auch im Landtag eine Änderung der politischen Kultur feststellen sowie teilweise die Verächtlichmachung einer Verfassungsinstitution. Sichtbar ist das unter anderem in der Anzahl der verteilten Rügen in der letzten Legislaturperiode (insgesamt 26) geworden, während zuvor 1994 das letzte Mal eine solche erteilt worden ist. Aus diesem Grund habe man in der aktuellen Legislaturperiode ein neues dreistufiges Sanktionsverfahren im Landtag eingeführt, erläutert Aigner: Zunächst erfolgt ein Ordnungsruf, vergleichbar mit einer gelben Karte im Fußball, bevor in der zweiten Stufe eine Geldstrafe verhängt werden kann. Als letztes Mittel kann nun auch ein Verweis aus dem Sitzungssaal ausgesprochen werden. Dies sei leider notwendig geworden, so Aigner, da es nicht mehr gereicht habe, an den Anstand zu appellieren, sondern dass sich der Landtag als demokratische Institution auch wehrhaft zeigen müsse. Und mittlerweile habe sich der Ton auch verändert. Allerdings kann das auch einen weiteren Grund haben. **Zunehmend hat sich nicht nur im Bayerischen Landtag, sondern auch in anderen Parlamenten die Rhetorik und der Habitus geändert, um ein neues Image aufzubauen.** Die AfD selbst hat sich mittlerweile eine Unvereinbarkeitsliste gegeben, die über 500 Organisationen enthält, deren Mitgliedschaft nicht mit einer Mitgliedschaft in der AfD offiziell vereinbar ist. Zahlreiche Beispiele lassen jedoch an der glaubhaften Umsetzung und Wirkung dieser Liste Fragen aufkommen, unter anderem durch dokumentierte Aktivitäten von zwei AfD-Mitgliedern in der vom Verfassungsschutz beobachteten Identitären Bewegung oder die Aufnahme eines ehemaligen NDP-Mitglieds. Genauer habe man sich aber auch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Abgeordneten beschäftigt, schildert Aigner, da es auch hier, egal ob links- oder rechtsextremistische Kräfte gibt, die das Ziel haben, die Rechtsstaatlichkeit zu untergraben, unseren Rechtsstaat anzugreifen oder unsere freiheitlich demokratische Grundordnung zu unterhöhlen. Zwar sei es nicht so einfach, allerdings gebe es auch hier Handlungsspielraum, rechtlich gegen eine mit Steuermitteln finanzierte Unterwanderung vorzugehen.

Bestehender gesellschaftlicher Konsens wird aufgekündigt

Wie sich grundlegende gesellschaftliche Haltungen und

bislang bestehender parlamentarischer Konsens in den letzten Jahren verändert haben, verdeutlicht beispielsweise auch die Debatte im Bayerischen Landtag am 08. Oktober 2024 anlässlich des Jahrestages des Überfalls der Hamas auf Israel. So werden die Inhalte einer interfraktionellen Resolution der CSU, FW, SPD und Bündnis 90/ Die Grünen, die den terroristischen Angriff unmissverständlich verurteilt, die Freilassung der verbliebenen Geiseln fordert und die Solidarität mit dem jüdischen Staat, die Förderung des jüdischen Lebens in Deutschland sowie den entschiedenen Kampf gegen den Antisemitismus bekräftigt, nicht mehr von allen Parlamentariern geteilt. Dies werde auch in der Dokumentation von Begrifflichkeiten wie Vogelschieß, Schuld kult oder Denkmal der Schande deutlich. Die Trennlinie wurde auch in dieser Debatte durch die Fraktionsvorsitzende Ebner-Steiner deutlich, die großen Wert darauflegte, dass die Sicherheit und das Existenzrecht Israels nicht deutsche oder bayerische Staatsräson sein könnten. Da habe jemand, so Ilse Aigner, die zentralen, die prägenden und auch die tragenden Elemente unserer spezifischen sowie ganz politischen und demokratischen Kultur nicht verstanden und lehne sie sogar scheinbar ab. In diesem Zusammenhang spielen heutzutage auch



Ilse Aigner möchte an der Resilienz der Demokratie arbeiten und diese wieder greifbar machen.

sogenannte Teilöffentlichkeiten oder geschlossene Räume in Chats oder auf Social Media eine politische Rolle, wie dies noch vor 30 Jahren nicht vorstellbar war. Auch hier zeigt sich eine zunehmende Radikalisierung und Ablehnung des politischen Systems. Dies verdeutlicht ein Blick auf die verwendeten Begriffe und Inhalte, beispielsweise Kartellparteien, Staatsfunk, Gehirnwäsche, Autokratie, Indoktrination oder Krebsgeschwüre des Wokeismus. Durch die digitale Vernetzung wird die

Reichweite hetzerischer Inhalte deutlich erhöht und an eine immer größer werdenden Userkreis verbreitet.

Demokratie greifbar machen

All dies zeige den klaren Auftrag, fasst Aigner schließlich zusammen, dass wir an der Wehrhaftigkeit der Demokratie arbeiten müssen. Dazu zähle aber nicht nur die Bekämpfung der Symptome, sondern auch der Ursachen. Zudem müsse stärker an der Resilienz unserer Demokratie gearbeitet werden. Dazu gehört auch, diese greifbarer zu machen. So zählt der Landtag mittlerweile über 60 000 Besucherinnen und Besucher jährlich. Gleichzeitig wolle man auch rausgehen, um den Menschen Demokratie zu erklären und mitzunehmen, so Aigner, und deshalb toure man unter anderem mit einem Info-Truck durch ganz Bayern. Und nicht zuletzt gehe man auch in Schulen, um die junge Generation zu informieren und für Demokratie zu werben. **Abschließend appelliert Ilse Aigner eindringlich an alle, auch im eigenen Umfeld, für Demokratie zu werben und sich für den Garant der Freiheit, in der wir leben, einzusetzen.** In diesem Zusammenhang sei sie davon überzeugt, dass man Wachstum und die Zuversicht in die Zukunft sowie das Wohlstandsversprechen brauche, damit auch die Demokratie in der Praxis wieder positiver gesehen werde.

Anschließend bietet sich den Peutingerrinnen und Peutingern noch die Möglichkeit, Fragen direkt an Ilse Aigner zu stellen. Diese drehen sich unter anderem um demokratiebildende Maßnahmen in bayerischen Schulen, das richtige Maß an Bürgerbeteiligung, auch mit Blick auf die Umsetzung von Bauvorhaben, die Möglichkeit der Politik (mit Blick auf die zunehmende Büro-



Ilse Aigner forderte, jeder einzelne müsse auch im eigenen Umfeld sich stets für Demokratie einsetzen.

kratisierung), die Verwaltung innerhalb des geltenden Rechts zu beeinflussen oder zur subjektiven Trennlinie in manchen Teilen der Bevölkerung in „die da oben“ und „wir hier unten“ sowie die immer schwierigere Koalitionsfindung mehrerer Parteien.



SPRECHEN ÜBER MORGEN

27

NACHHALTIGKEIT

AKZEPTANZDIALOG

PUBLIC AFFAIRS

DIALOGKAMPAGNE

FOOD

KRISE

Auf diese Gäste freuen wir uns im kommenden Jahr ...



Dr. Fabian Mehring

Bayerischer Staatsminister für Digitales

Dienstag, 21. Januar 2025, Bayerischer Hof



General Carsten Breuer

Generalinspekteur der Bundeswehr

Februar 2025, Westin Grand Hotel



Prof. Dr. Carlo Masala

Politikwissenschaftler und Professor für Internationale Politik an der Fakultät für Staats- und Sozialwissenschaften der Universität der Bundeswehr München

Donnerstag, 03. April 2025, Bayerischer Hof



Carsten Mumm

Chefvolkswirt von Donner & Reuschel

und



Albert Füracker

Bayerischer Staatsminister der Finanzen und für Heimat

Mittwoch, 14. Mai 2025, Donner & Reuschel



Andrea Thoma-Böck

Präsidentin und Initiatorin der IZW - Initiative Zukunft Wirtschaft Deutschland e.V. & Geschäftsführende Gesellschafterin der Thoma Metallveredelung GmbH

18. September 2025, Westin Grand Hotel



Franz Xaver Peteranderl

Präsident der Handwerkskammer

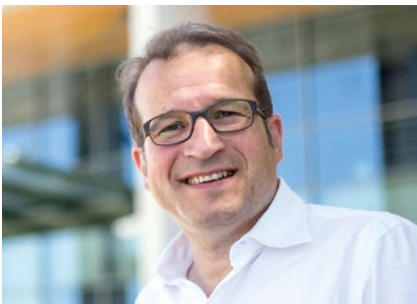
und



Eva Lettenbauer

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Mitglied des bayerischen Landtags

und



Jürgen Siebel

Executive Director of CEDFOP

Mittwoch, 20. November 2025, Handwerkskammer



Ulrich Fichtner

Journalist, Reporter des SPIEGEL

November/Dezember 2025, Westin Grand Hotel

Veranstaltung der jungen Peutinger



Markus Ferber

Abgeordneter des Europäischen Parlaments,
CSU-Bezirksvorsitzender von Schwaben und
Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung

und

Manfred Speidel

Stiftungsmentor

Dienstag, 22. Juli 2025, Südbayerische Wohn- und
Werkstätten für Blinde und Sehbehinderte (SWW)

30

Impressum

Redaktion

Dr. Andreas Bachmeier (v. i. S. d. P.)
Engel & Zimmermann GmbH
Schloss Fußberg
Am Schloßpark 15
82131 Gauting bei München
info@engel-zimmermann.de

Herausgeber

Peutinger-Collegium e. V.
Geschäftsstelle c/o MERKUR PRIVATBANK KGaA
Bayerstraße 33
80335 München
info@peutinger-collegium.de
www.peutinger-collegium.de

Bildnachweis

Titel: © pexels

Die Fotos wurden von den Personen zur Verfügung
gestellt.

Sofern nicht anders angegeben, liegt das Copyright bei
den einzelnen Personen.

München, Dezember 2024



Peutingger-Collegium e. V.

Geschäftsstelle

c/o MERKUR PRIVATBANK KGaA

Bayerstraße 33, 80335 München

info@peutingger-collegium.de

www.peutingger-collegium.de